

## **Stadtratsfraktion der Überparteilichen Bürgergemeinschaft Dachau e.V.**

Große Kreisstadt Dachau  
Herrn Oberbürgermeister  
Florian Hartmann  
Konrad-Adenauer-Straße 2-6  
85221 Dachau

Dachau, den 12.2.2020

### **Antrag: Nutzung von Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit bei Experten-Themen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Stadtratsfraktion der Überparteilichen Bürgergemeinschaft stellt folgenden

#### **Antrag:**

Die Stadt Dachau lotet die Bereitschaft von Gemeinden im Landkreis Dachau oder auch von benachbarten Städten aus, um bei bestehenden und künftigen Experten-Themen (etwa Datenschutz, Informationssicherheit und Vergaberecht) über Zweckvereinbarungen gemeinschaftliche und damit kostengünstige Lösungen realisieren zu können.

#### **Begründung:**

Viele Stadt- und Gemeinderäte beobachten mit Sorge, dass der Bund und der Freistaat den öffentlichen Verwaltungen immer mehr und immer komplexere Aufgaben auferlegen. Aktuelle Beispiele sind Neuerungen bei der Umsatzbesteuerung (§ 2b UStG), die gestiegenen Anforderungen an Datenschutzbeauftragte, die Bestellung von Informationssicherheitsbeauftragten oder das vielschichtige Vergaberecht.

Wenn jede Kommune solche spezifischen Aufgaben in Eigenregie erledigt, führt der unvermeidbare Aufbau von Expertenstellen unweigerlich zu steigendem Personalaufwand im Verwaltungshaushalt. Dies könnte durch eine gezielte interkommunale Zusammenarbeit abgefedert werden.

Als konkrete Möglichkeit der Bündelung von Aufgaben und Kräften nennt Art. 7 Abs. 3 des KommZG die Zweckvereinbarung: „Auf Grund einer Zweckvereinbarung können die beteiligten Gebietskörperschaften einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängenden Aufgaben gemeinschaftlich durchführen und hierzu gemeinschaftliche Einrichtungen schaffen oder betreiben.“

Vor dem Hintergrund, dass etwa die Anforderungen an den Datenschutz überall gleich sind, ist in einigen bayerischen Landkreisen bereits ein gemeinsamer Datenschutzbeauftragter bestellt worden. Voraussetzung ist, dass sich die Beteiligten darauf einigen, wo er örtlich zugeordnet ist und wie die Kosten aufgeteilt werden sollen. Ähnliches gilt für gemeinsame zentrale Vergabestellen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Dachau die vielfältigen Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit baldmöglichst intensiv nutzt. Wir sehen hier vor allem mit Blick auf künftige spezifische Anforderungen einen echten Hebel für mehr Haushaltsdisziplin.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Rösch, Fraktionsvorsitzender

Dr. Peter Gampenrieder, Stadtrat